

Fragen

**für die Fragestunde der 168. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. April 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	32, 33	Lenke, Ina (FDP)	27, 28
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	37, 38	Lensing, Werner (CDU/CSU)	44, 45
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	35, 36	Lietz, Ursula (CDU/CSU)	1, 2
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	46	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	16, 48
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	8, 9	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	11, 34
Girisch, Georg (CDU/CSU)	14, 15	Niebel, Dirk (FDP)	23, 24
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	31	Pau, Petra (fraktionslos)	3, 54
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	29, 30	Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	49, 50
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	4, 5	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	10, 53
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	6, 47	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	21
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	7, 39	Spahn, Jens (CDU/CSU)	17, 18
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	19, 20	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	12, 13
Koppelin, Jürgen (FDP)	40, 41	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	22
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	51, 52	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	25, 26
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	42, 43		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU) Wie hoch sind die notwendigen Investitionen in das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, um es nach dem Konzept zur einsatzbezogenen Transformation der Bundeswehrkrankenhäuser zukunftsfest zu machen?
2. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU) Wie weit sind die Verhandlungen des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg für eine Kooperation mit dem Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI) fortgeschritten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

3. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, dass deutsche Patientendaten aus dem so genannten Disease-Management-Programm im großen Stil nach Vietnam transferiert worden sein sollen (vgl. Sendung Monitor vom 17. März 2005), und was hat die Bundesregierung unternommen, um diesen Vorgang aufzuklären?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

4. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) In welchen Bauabschnitten wird der Lückenschluss der Bundesautobahn A 6 zwischen Amberg-Ost und Wernberg-Köblitz ausgeschrieben, und welche Fertigstellungstermine sind für die jeweiligen Bauabschnitte in den Ausschreibungen vorgesehen?
5. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Welche Bauabschnitte für den Lückenschluss wurden bereits vergeben, und bis wann ist mit einer endgültigen Vergabe der gesamten Strecke zwischen Amberg-Ost und Wernberg-Köblitz zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung an der Suspension der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe festhalten, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch den Ausbau der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit die simbabwische Bevölkerung zu unterstützen?*)

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind für die Anzeigenkampagne „Sozialhilfe? Wir holen die Menschen aus der Sackgasse!“, die unter anderem am 1. April 2005 in der Tageszeitung „DER TAGESSPIEGEL“ ganzseitig geschaltet worden ist, in den verschiedenen Kostenbereichen wie Agenturvergütungen oder einzelne Schaltungskosten entstanden, und aus welchem Haushaltstitel ist diese PR-Kampagne der Bundesregierung finanziert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

8. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung inhaltlich den Gesetzentwurf des Bundesrates (Bundratsdrucksache 914/02) über ein Graffiti-Bekämpfungsgesetz?
9. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass über die bisherige Behandlung dieser Gesetzesinitiative ein weiterer Beratungsbedarf in der Sache besteht?

*) Siehe hierzu auch Frage 47.

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden (Beschluss vom 27. Mai 2004 – 1 Ss 48/04 = NJW 2004, 2843 ff.) aus dem Jahr 2004, derzufolge nach der gegenwärtigen Rechtslage selbst das großflächige Besprühen von Eisenbahnwaggons mit Lackfarbe nicht strafbar ist? |
| 11. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU) | Wo sieht die Bundesregierung Handlungsnotwendigkeit, um die Bekämpfung von Graffiti-Vandalismus in Deutschland voranzutreiben? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 12. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zu der Frage der Verwendung der Goldreserven des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Finanzierung eines Schuldenerlasses für arme Entwicklungsländer (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. April 2005), und in welcher Weise wird die Bundesregierung die Auffassung der Bundesbank bei ihrer Meinungsbildung in Vorbereitung der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank am 16. April 2005 berücksichtigen? |
| 13. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Welche Auffassung wird die Bundesregierung bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank am 16. April 2005 hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung und des Umfangs des im Zusammenhang mit der Heranziehung der Goldvorräte des IWF diskutierten weiteren Schuldenerlasses vertreten? |
| 14. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung mit Sondergenehmigungen für Volksfeste, die im Rahmen der deutsch-amerikanischen Freundschaft auf den den in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräften zur Nutzung überlassenen Liegenschaften durchgeführt werden, in den Fällen umgehen, in denen abweichend von der Verfahrensanweisung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) III B 2 – Z 6315 – 5/03 ein gemeinsamer deutsch-amerikani- |

scher Ausschuss als Organisator auftritt, der Eintritt erheben würde und diese Eintrittsgelder im vollen Umfang für wohltätige Zwecke unter dem Leitmotiv der deutsch-amerikanischen Freundschaft verwendet?

15. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung neben dem deutsch-amerikanischen Volksfest auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, das seit 1952 vom gemeinsamen deutsch-amerikanischen Ausschuss durchgeführt wurde und bei dem der Eintritt im vollen Umfang zur Verwendung für wohltätige Zwecke unter dem Leitmotiv der deutsch-amerikanischen Freundschaft erhoben wurde, vergleichbare Fälle bekannt, bei denen die Ausnahmeregelung durch das BMF nicht erteilt wurde, und wenn ja, wurden dadurch erhebliche Veränderungen in den Organisationsstrukturen von deutsch-amerikanischen Veranstaltungen herbeigeführt?

16. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzh**
(fraktionslos)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, dass „es ... wenig sinnvoll (ist), wenn man in Zeiten, in denen mehr als fünf Millionen Menschen als arbeitslos in Deutschland registriert sind, den Job-Export auch noch aus dem Steuertopf subventioniert“ (SPIEGEL ONLINE, 5. April 2005), und sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf im Hinblick auf den Umstand, dass Unternehmen bei Standortverlagerungen ins Ausland die Kosten für die Planung der Investitionen, den Transfer der Arbeitsplätze, die Verwaltung und die Finanzierung voll steuerlich absetzen können?

17. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Aus welchem Grund gibt es, wie in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, vom 17. März 2005 auf meine schriftlichen Fragen 36 und 37 auf Bundestagsdrucksache 15/5167 ausgeführt, nur eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie eine Statistik über die Personengesellschaften/Gemeinschaften aus dem Jahre 1998, und warum wird die Statistik nur als grobe Schätzung fortgeschrieben, wenn die Auflösung der Ansparabschreibungen nach § 7g Abs. 3 Einkommensteuergesetz offensichtlich ein nicht unerhebliches Einnahmepotential für die öffentlichen Kassen bietet?

18. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Lässt sich aus der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, vom 17. März 2005 auf meine schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 15/5167 schließen, dass die Bundesregierung Gewerbetreibenden und Freiberuflern mittels einer Prognoseentscheidung über ihr künftiges Investitionsverhalten die Entscheidung überlässt, ob sie für das abgelaufene Wirtschaftsjahr Ertragssteuern zahlen wollen oder nicht, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob diese Praxis auch Auswirkungen auf die Möglichkeit der Kinder dieses Personenkreises hat, Sozialleistungen (z. B. Wohngeld oder Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz) zu erhalten?

19. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Zu welchem Schluss im Hinblick auf die geschätzte Höhe des Steueraufkommens ist die Prüfung durch den Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, gelangt, die sich mit der möglichen Erhebung der Mehrwertsteuer auf Mitgliedsbeiträge zu Vereinen befasst hat (Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. März 2005)?

20. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Wird seitens des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Mitgliedsbeiträge der Vereine erwogen, oder schließt er diese Form der Besteuerung definitiv aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

21. Abgeordneter
**Uwe
Schummer**
(CDU/CSU)

Wie viele Berufsberater und wie viele Arbeitsvermittler hat die Bundesagentur für Arbeit (BA), gemessen jeweils an den gesamten Beschäftigten?

22. Abgeordneter
**Gerald
Weiß**
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Daten über die Auswirkungen der Änderungen des Kündigungsschutzes der Arbeitnehmer über 50 Jahre vor, auf denen die Aussage des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2005 beruht, diese Änderungen hätten bei diesem Personen-

kreis nicht zu einer massiven Einstellungswelle geführt, und weicht die Bundesregierung damit von der Antwort auf die Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Wandel der Arbeitswelt und Modernisierung des Arbeitsrechts“ auf Bundestagsdrucksache 15/2932 ab, wonach sich in dem kurzen Zeitraum seit Inkrafttreten der geänderten Anwendungsschwelle des Kündigungsschutzgesetzes Auswirkungen auf das Einstellungsverhalten der betreffenden Betriebe und Verwaltungen noch nicht feststellen lassen und wonach dem Deutschen Bundestag bis Ende 2007 über die Beschäftigungswirkung berichtet werde?

23. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Wie spiegelt sich die Festlegung der Obergrenze auf 98 Mio. Euro beim Leistungsumfang für den virtuellen Arbeitsmarkt der BA wider angesichts des zunächst mit 132,5 Mio. Euro veranschlagten Finanzbedarfs, und wie beurteilt die Bundesregierung die zunächst deutlich höher veranschlagten Kostenansätze, wenn der Leistungsumfang gleich bleibt?

24. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Ist die vollständige Ablösung der Fachverfahren coArb und COMPAS im Leistungsumfang des Vertrages vom 22. Juli 2005 enthalten, und wenn ja, von welchen Kosten geht die BA für die ursprünglich mit 46 Mio. Euro angesetzten Leistungen für eine vollständige Ablösung aus?

25. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)

Entspricht die bisherige Umsetzung des virtuellen Arbeitsmarktes den Erwartungen der Bundesregierung im Hinblick auf das erforderliche Finanzvolumen und die erzielten Verbesserungen bei der Stellenvermittlung?

26. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)

Welcher Geschäftsbereich der BA war von der Zeit der Ausschreibung bis heute für die Einführung des virtuellen Arbeitsmarktes zuständig, und wer ist innerhalb des Vorstandes der BA für diesen Geschäftsbereich verantwortlich?

27. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass es durch die Anrechnung der Eigenheimzulage auf das Einkommen von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern insbesondere bei kinderreichen Familien dazu kommen kann, dass Kredite für

– auch im Vertrauen auf Leistungen der Eigenheimzulage – erworbenen Wohnraum nicht mehr getilgt werden können und dadurch ein Verkauf oder eine Zwangsversteigerung des Eigenheims/der Eigentumswohnung unumgänglich wird, obwohl kinderreiche Familien vor allem im städtischen Raum kaum Chancen haben, eine geeignete und bezahlbare Mietwohnung zu finden?

28. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass nach dem Verkauf oder der Versteigerung des Wohneigentums von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern bereits ausgezahlte und investierte Leistungen aus der Eigenheimzulage und dem Baukindergeld ihre beabsichtigte Wirkung verfehlen, weil die Empfänger der Leistungen am Ende doch ohne Wohneigentum bleiben und stattdessen als Mieter auf Wohnkostenzuschüsse im Rahmen des ALG-II angewiesen sind, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen um zu verhindern, dass ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger staatlich gefördertes Wohneigentum veräußern müssen?

29. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Wie hoch waren die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, auf meine Frage 21 in der Fragestunde am 16. März 2005, Plenarprotokoll 15/165, S. 15475 (B), erwähnten erheblichen Zahlungsrückstände, die aus dem Bundeshaushalt entschädigt werden mussten und die bisher auf schriftliche und mündliche Nachfragen beim Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, nicht beziffert wurden, und welches Ergebnis hatte die umfassende Restrukturierung der vereinbarten Finanzkredite?

30. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Was ist unter der „Vereinbarung, die bislang pünktlich bedient wird“, das Bartergeschäft mit Russland aus dem Jahr 1998 betreffend, zu verstehen, und wie hoch sind die Beträge, die jährlich in die Bundesrepublik Deutschland zurückfließen?

31. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Abweichung zwischen ihrer am 6. April 2005 in ihrer Kabinettsitzung beschlossenen Stellungnahme zu Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe b des Gesetzesentwurfs des Bun-

desrates zur Änderung des Postgesetzes – Bundesratsdrucksache 33/05 (Beschluss) – wo sie die vorgeschlagene Änderung insgesamt ablehnt, obwohl sie bisher, z. B. auf dem BDI/DIHK-Workshop (BDI: Bundesverband der Deutschen Industrie, DIHK: Deutscher Industrie- und Handelskammertag) am 13. Oktober 2004 in Bonn sowie in der Stellungnahme der Bundesregierung an die EU-Kommission im kartellrechtlichen Verfahren gemäß Artikel 86 EG gegen die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Beschluss des Bundeskartellamtes gegen die Deutsche Post AG vom 11. Februar 2005, S. 46 (Az. B 9 – 55/03)), eine Änderung in § 51 Abs. 1 Nr. 5 Postgesetz hinsichtlich der Streichung der Verpflichtung für „denjenigen, der Briefsendungen im Auftrag des Absenders bei diesem abholt“, diese bei der nächsten oder einer Annahmestelle der Deutschen Post AG innerhalb derselben Gemeinde einliefern zu müssen, unterstützt hat?

32. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)

Ist nach Meinung der Bundesregierung 16 Mio. Tonnen pro Jahr die Mindestmenge an Steinkohle, die gefördert werden muss, damit deutsche Bergbautechnik hierzulande in einem Maße eingesetzt werden kann, das zur Sicherung des Know-hows dieses Industriezweigs ausreichend ist, und wie viele Arbeitsplätze würden zur Förderung dieser Mindestmenge noch benötigt werden (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Rudolf Anzinger, vom 21. Dezember 2004 auf meine schriftliche Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 15/4595 sowie Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, vom 31. März 2005 auf meine schriftliche Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 15/5195)?

33. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Feststellungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2003/04, wonach durch die Einstellung der Steinkohleförderung in Deutschland die Sicherheit der Energieversorgung nicht gefährdet würde und, falls es für den Export von Fördertechnologie notwendig ist, Versuchs- und Probebergwerke zu betreiben, es in erster Linie Aufgabe der entsprechenden Unternehmen ist, diese Basis ihrer Exporttätigkeit selbst zu finanzieren (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, vom 31. März 2005 auf meine schriftliche Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 15/5195)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

34. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Fehlurteile bzw. fehlerhafte Untersuchungen durch die Stiftung Warentest e. V. und gegebenenfalls deren wirtschaftliche Folgen für einzelne, davon betroffene Unternehmen, und wenn ja, welche?
35. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass den Gartenbaubetrieben in Deutschland durch das russische Importverbot auf pflanzliche Erzeugnisse aus Deutschland ein wirtschaftlicher Schaden entstanden ist, und wenn ja, wie hoch beziffert sie diesen?
36. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Aufhebung des Importverbotes zu erreichen, und wie ist der aktuelle Sachstand ihrer Bemühungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

37. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) Welcher Prozentsatz der in der sog. EU-Feinstaub-Richtlinie (99/30/EG) erwähnten Chemikalien und Feinstäube wird tatsächlich von Menschen verursacht, und wie viele dieser sog. anthropogenen Schadstoffe stammen aus Deutschland?
38. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) In welcher Größenordnung würde die Feinstaubbelastung verringert, wenn alle Kraftfahrzeuge in Deutschland mit entsprechenden Rußfiltern ausgestattet würden, und ist es wahr, dass gemäß EU-Feinstaub-Richtlinie auch die durch Kraftfahrzeuge angesaugten – nichtanthropogenen – Feinstäube zu Lasten der Feinstaubbilanz dieser Fahrzeuge gehen?
39. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass mit der Ökokampagne „Deutschland hat unendlich viel Energie“, die am 6. April 2005 in Nordrhein-Westfalen unter anderem von dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und

Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, gestartet worden ist, Positionen pro Ökoenergie in den redaktionellen Teilen der Medien platziert werden sollen, und aus welchem Haushaltstitel wird diese Kampagne durch die Bundesregierung mitfinanziert?

40. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)

Liegt mit einem privaten Finanzengagement des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, im Bereich regenerativer Energien ein Investment vor, welches im Aktienbereich als „Insiderhandel“ bezeichnet wird?

41. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)

Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob sie einen Interessenkonflikt darin sieht, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, zuständig für das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich und für andere Gesetze mit Auswirkungen auf regenerative Energien, sich privat finanziell an Windkraftanlagen bzw. Windparks beteiligt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

42. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Wie plant die Bundesregierung die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, auf der Innovationskonferenz „Aufbau Ost“ am 31. März 2005 angekündigten 150 Mio. Euro zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den neuen Bundesländern an Hochschulen und Institute zu vergeben, und ist dabei an eine Vergabe über die Deutsche Forschungsgemeinschaft gedacht?

43. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Wann ist mit dem Start des angekündigten Nachwuchsprogramms zu rechnen, und welche Haushaltsmittel sind für das erste Jahr der Förderung vorgesehen?

44. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, wie im „SPIEGEL“-Artikel „Der Milliarden-Bluff“ vom 4. April 2005 beschrieben, eine Änderung der Modalitäten zur Förderung der Ganztagschulen im Rahmen des so genannten Vier-Milliarden-Euro-Programms?
45. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung derzeit die Förderung von Ganztagschulen im Rahmen des so genannten Vier-Milliarden-Euro-Programms in Bezug auf das im o. g. Artikel aufgeführte Zahlenwerk zur Abrufquote der vorgesehenen Förderung für die einzelnen Länder?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

46. Abgeordneter
**Albrecht
Feibel**
(CDU/CSU)
- Welcher Betrag wird durch die vier Schließungen der Bibliotheken des Goethe-Instituts in Mumbai, Bangalore, Chennai und New Dehli eingespart, und welchen Zugang haben die Inder beim Erlernen der deutschen Sprache zu deutschsprachigen Büchern?
47. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Regionalorganisation SADC (South African Development Community) und insbesondere auf die südafrikanische Regierung sieht die Bundesregierung, damit auch von dieser Seite Einfluss auf die simbabwische Regierung ausgeübt wird, demokratische Grundprinzipien und Menschenrechte zu respektieren und umzusetzen?*)
48. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufarbeitung der Rolle des Auswärtigen Amts (AA) während des Faschismus durch die Mitarbeiter des AA vor dem Hintergrund von Presseberichten, wonach nach dem 2. Weltkrieg zwei Drittel der höheren Beamten des AA ehemalige Mitglieder der NSDAP waren, mehr als in jedem anderen Bundesministerium (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 31. März 2005), und was hat die Bundesregierung unternommen, um bei den Mitarbeitern des AA die Bereitschaft zu fördern, die Geschichte des Ministeriums aufzuarbeiten?

*) Siehe hierzu auch Frage 6.

49. Abgeordneter
**Dr. Andreas
Schockenhoff**
(CDU/CSU)

Wieso sind meine schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 2/325 und 2/326 für den Monat Februar zur Nachrufpraxis des Auswärtigen Amts erst nach 22 Tagen beantwortet worden?

50. Abgeordneter
**Dr. Andreas
Schockenhoff**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der jüngsten Ankündigung, das „Khmer Rouge Tribunal“ in Kambodscha mit 1 Mio. US-Dollar zu unterstützen, das die schwersten Verbrechen der Roten Khmer unter Pol Pot zwischen 1975 und 1979 strafrechtlich verfolgen soll – darunter Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schwere Verletzungen der Genfer Konvention, Mord und Folter (Pressemitteilung des AA Nr. 117/05 vom 1. April 2005) –, das Bekenntnis des jetzigen Mitarbeiters im Planungsstab des AA, H.-G. S., zum Massenmörder Pol Pot, dem er in seiner früheren Funktion als Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in einem Grußtelegramm 1980 „anlässlich des 5. Jahrestages des Sieges des kampucheanischen Volkes in seinem Kampf gegen den US-Imperialismus unsere feste Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression“ zusicherte und die „Siege“ Pol Pots als „das Ergebnis der korrekten Linie der KPK (Kommunistische Partei Kampucheas) und der korrekten Politik der Einheitsfront im Inneren“ bezeichnete (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 2001)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

51. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie viele Stellen werden durch die aufgrund der Dreizehnten Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung vom 23. September 2004 erfolgten Verlängerung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Bundesbeamten im Bundesbereich einschließlich der mittelbaren Staatsverwaltung eingespart, und welche Wirkung hat dies gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich im Hinblick auf die Arbeitslosenquote?

52. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie wird sich Deutschland nach den Vorstellungen der Bundesregierung an der von der EU für 2010 und 2011 geplanten europaweiten Zensusrunde beteiligen, und wie gedenkt die Bundesregierung auch

im Hinblick auf eine für den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern erforderliche Datenbasis die Datenlücken, die seit der letzten Volkszählung im Jahr 1987 entstanden sind, zu schließen?

53. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)

Hat der Bundesgrenzschutz zum gegenwärtigen Zeitpunkt die notwendigen technischen und personellen Mittel, um das Kfz-Kennzeichen-Scanning durchzuführen, bzw. liegen Planungen vor, solche Mittel bereitzustellen und einzusetzen?

54. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Hat die Bundesregierung die Ratifizierungsurkunde für das Zustimmungsgesetz zum Europäischen Übereinkommen vom 6. November 1997 über die Staatsangehörigkeit (Gesetzesbeschluss Deutscher Bundestag am 20. Februar 2004, Bundesgesetzblatt Teil II 2004, 18. Mai 2004, S. 578) unmittelbar nach Verabschiedung an das Generalsekretariat des Europarates übersandt, und wenn nein, warum ist dies nicht geschehen?

